

Landesseniorenrat Niedersachsen e.V.
Frau Ilka Dirnberger
Odeonstr. 12

30159 Hannover

JOHANNE MODDER

Vorsitzende

Abgeordnete im Wahlkreis Leer / Borkum

Landtagsbüro

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4035

FAX 0511/3030-4811

E-MAIL johanne.modder@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

11. Mai 2022

Sehr geehrte Frau Dirnberger,

vielen Dank für Ihr Forderungsschreiben zur Energiekosten-Entlastung für alte Menschen in Niedersachsen.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat die ohnehin angespannte Lage auf den Energiemärkten drastisch verschärft. Die stark steigenden Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität sind für viele Bürger:innen zu einer großen Belastung geworden. Manche der Kosten sind unmittelbar spürbar, wie zum Beispiel der Benzinpreis. Andere werden sich durch höhere monatliche Vorauszahlungen oder Nachzahlungen erst verzögert im Geldbeutel bemerkbar machen. Es ist klar, dass die Bundesrepublik durch Diversifizierung und Verbrauchsreduktion schnellstens unabhängig von russischen Energieimporten werden muss. Die aktuellen finanziellen Belastungen für die Bürger:innen sind enorm. Dabei trifft die Krise die Schwächsten am härtesten. Wer vorher gut verdient hat, kann sehr wahrscheinlich einige Zeit überbrücken. Aber wer wenig Geld hat, den treffen die aktuellen Preissteigerungen, gerade auch im Energiebereich, besonders hart. Das betrifft Geringverdiener, Minijobber, viele Rentner:innen und Student:innen.

Da die aktuellen Preissteigerungen Menschen mit kleinen Renten auch hart treffen, stellen diese zu Recht die Frage, warum diese Gruppe nicht auch die Energiepreispauschale von 300 Euro erhält. Betrachtet man das Gesamtpaket aller Maßnahmen, so wird deutlich, dass auch sie berücksichtigt wurden. Auch Rentner:innen profitieren von einer Vielzahl der getroffenen Entlastungsmaßnahmen.

Für einkommensschwache Rentner:innen hat die Bundesregierung besondere Maßnahmen getroffen. So erhalten selbstverständlich auch Rentner:innen, die auf die Grundsicherung angewiesen sind, erneut einen Zuschlag, um die zusätzlichen Ausgaben aufzufangen. Die erneute Einmalzahlung von 100 Euro wird aufgrund der aktuellen Preissteigerungen verdoppelt. Damit werden den Leistungsberechtigten bis zum Juli 2022 200 Euro ausgezahlt.

Darüber hinaus sind 46 Prozent der Wohngeldbezieher Rentner:innen: Sie profitieren von einem Heizkostenzuschuss von 270 Euro.

Natürlich profitieren Rentner:innen aber auch von den allgemeinen Entlastungsmaßnahmen, etwa von der Abschaffung der EEG-Umlage, die den Strom verbilligen wird. Ebenso gelten für sie natürlich die Entlastungen bei der Mobilität: die dreimonatige Senkung der Energiesteuern auf Kraftstoffe und die dreimonatige ÖPNV-Flatrate.

Fest steht auch, dass die Renten ab 1. Juli 2022 kräftig steigen werden: 5,35 Prozent in Westdeutschland - größte Erhöhung seit 40 Jahren - und 6,12 Prozent in Ostdeutschland - größte Erhöhung seit 1994. So werden bereits Durchschnittsrentner:innen mit rund 900 Euro gesetzlicher Rente nach 6 Monaten durch die monatliche Erhöhung mehr Geld in der Tasche haben als diejenigen, die den einmaligen Bonus von 300 Euro erhalten, der zudem voll zu versteuern ist.

Arbeitnehmer:innen haben solche deutlichen Einkommenssteigerungen derzeit nicht in Aussicht. Im Gegenteil, viele haben in der Corona-Krise Lohnseinbußen hinnehmen müssen.

Natürlich haben sich die Rentner:innen ihre Rente durch harte Arbeit verdient und profitieren daher zu Recht von der Rentenerhöhung. Fakt ist aber auch, dass in der Corona-Krise, in der das Lohnniveau abgefallen und damit auch die Rente hätte gekürzt werden müssen, sie davon profitiert haben, dass wir als SPD eine Rentenabsenkung durch entsprechende gesetzgeberische Regelungen ausgeschlossen haben. Das heißt, Rentner:innen haben in der Krise keine Kürzungen und profitieren nach der Krise von einem wieder steigenden Lohnniveau. Zudem geht die starke Rentensteigerung auch auf die politisch beschlossene Ausweitung der Kurzarbeit zurück.

Die derzeit hohen Energiepreise sind auch das Ergebnis von Rohstoffspekulationen. Deshalb will sich die SPD-Bundestagsfraktion durch kartell- und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen die Funktionsfähigkeit der Energiemärkte sicherstellen, so dass Preissenkungen künftig zügig an die Endverbraucher weitergegeben werden. Auf europäischer Ebene wird sie sich ebenfalls für eine stärkere Überwachung und Regulierung der Energiemärkte einsetzen.

Die Bundesregierung hat das zweite Entlastungspaket auf den Weg gebracht, das nun im parlamentarischen Verfahren beraten wird. Dabei werden wir gemeinsam auch die Situation der Rentner:innen im Blick haben und auch die Einbeziehung von Rentner:innen bei der Energiepreispauschale noch einmal prüfen.

Als SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag setzen wir uns weiterhin für die Belange der Seniorinnen und Senioren gegenüber der Landes- und der Bundesregierung ein.

Mit freundlichen Grüßen

